



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom
27.03.2014

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand das Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bestimmung der Stadt Lüdinghausen zur Mittleren kreisangehörigen Stadt
Fraktionsantrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 17.02.2014
Vorlage: FB 1/347/2014
2. Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Festlegung der Fristen bei der
Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen
hier: Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW
Vorlage: FB 3/949/2014
3. Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich
Bahnhofstraße bis Einmündungsbereich Telgengarten)
hier: Bürgerantrag vom 14.02.2014
Vorlage: FB 3/952/2014
4. Bürgerantrag vom 10.02.2014 zur Thematik "Ergreifung von Maßnahmen auf dem Gebiet
der Stadt Lüdinghausen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Parklandschaft und
der Artenvielfalt"
Vorlage: FB 3/954/2014
5. Stellenplan 2014
Vorlage: FB 1/346/2014
6. Berichte
7. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

8. Beteiligung der Stadt Lüdinghausen an den "Stadtwerken Münsterland GmbH"
hier: Vertrieb von Strom und Gas
Vorlage: FB 2/581/2014
9. Gewinn- und Verlustübernahmeverträge der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM)
Vorlage: FB 2/584/2014
10. Berichte
11. Anfragen

Öffentlicher Teil:

TOP 1) Bestimmung der Stadt Lüdinghausen zur Mittleren kreisangehörigen Stadt Fraktionsantrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vom 17.02.2014 Vorlage: FB 1/347/2014

Stv. Möllmann begründet einleitend den Antrag der CDU- & FDP-Fraktionen.

Hierbei betont er, dass sich die CDU vor allem den Schwerpunkt bei der Einrichtung einer Baugenehmigungsbehörde sehe. Hiervon verspreche sich die CDU insbesondere schnellere Entscheidungswege, so Stv. Möllmann.

Stv. Spiekermann-Blankertz bittet die Verwaltung nähere Informationen bezüglich der Kosten für die Einrichtung einer Baugenehmigungsbehörde zu liefern.

Bürgermeister Borgmann erwidert, dass die Verwaltung bezüglich der Prüfung die Kosten separat auflisten werde.

Stv. Mönning stimmt den Worten des Stv. Möllmann zu, dass der Schwerpunkt bei der Bauaufsicht zu liegen habe.

Stv. S. Wischnewski fragt nach, wo mit zeitlichen Verkürzungen im Rahmen der Bauverfahren durch die Einrichtung einer Bauaufsichtsbehörde bei der Stadt Lüdinghausen zu rechnen sei.

Bürgermeister Borgmann entgegnet, dass die Verwaltung die Einrichtung und Auswirkungen einer Baugenehmigungsbehörde noch nicht so detailliert untersucht habe und daher noch weiterer Bedarf zur Prüfung bestehe.

Stv. Friedenstab weist zudem darauf hin, dass die Einrichtung einer Baugenehmigungsbehörde mit dem aktuellen Personalstand nicht umzusetzen sei.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Einrichtung einer Bauaufsichtsbehörde in Lüdinghausen zu prüfen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

**TOP 2) Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Festlegung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen
hier: Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW
Vorlage: FB 3/949/2014**

Stv. Spiekermann-Blankertz findet die Aussprache einer Empfehlung an den Betriebsausschuss nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund stellt er den Antrag, den Beschlussvorschlag allein auf den ersten Satz der Sitzungsvorlage zu beschränken, sodass der Fachausschuss den Vorschlag über die weitere Umsetzung machen könne.

Stv. Holz betont, dass die Satzung den rechtlichen Vorgaben angepasst werden müsse.

In seinen Augen bestehe die Notwendigkeit der Anpassung vor allem im Stadtgebiet.

Bürgermeister Borgmann lässt nach Rücksprache mit den Fraktionen allein über den 1. Satz des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss:

Die Beratung der Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW über die Satzung der Stadt Lüdinghausen über die Festlegung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen wird an den Betriebsausschuss verwiesen.

-einstimmig-

**TOP 3) Bauliche Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße (Teilabschnitt vom Kreuzungsbereich Bahnhofstraße bis Einmünungsbereich Telgengarten)
hier: Bürgerantrag vom 14.02.2014
Vorlage: FB 3/952/2014**

Stv. Mönning sieht in dem Bürgerantrag eine sinnvolle Idee im Rahmen der Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße.

Er bittet darum diese Bürgeranregungen als Empfehlung an den Landesbetrieb Straßen NRW weiterzugeben.

Stv. Holz erwidert, dass eine Empfehlung bereits im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt an den Landesbetrieb Straßen NRW ausgesprochen wurde.

Herr Herrmann erwidert, dass zur damaligen Zeit dem Landesbetrieb lediglich das o.k. zur Durchführung gegeben wurde.

Laut Herrn Herrmann waren diese Details in der damaligen Stellungnahme an den Landesbetrieb Straßen NRW noch nicht inbegriffen.

Bürgermeister Borgmann lässt nach weiterer Beratung den Beschlussvorschlag dahingehend ändern, dass die Verwaltung dem Landesbetrieb Straßen NRW die Empfehlung ausspricht die Bürgeranregung im Rahmen der Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße zu berücksichtigen.

Bürgermeister Borgmann lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Bürgerantrag wird zuständigkeitshalber an den Landesbetrieb Straßen NRW weitergeleitet.

Zudem empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Landesbetrieb Straßen NRW die Anregungen des Bürgerantrages im Rahmen der Umgestaltung der B 235 / Olfener Straße zu berücksichtigen.

-einstimmig-

TOP 4) Bürgerantrag vom 10.02.2014 zur Thematik "Ergreifung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Stadt Lüdinghausen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Parklandschaft und der Artenvielfalt"

Vorlage: FB 3/954/2014

Beschluss:

Der Bürgerantrag wird zur inhaltlichen Beratung an den Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt verwiesen.

-einstimmig-

TOP 5) Stellenplan 2014

Vorlage: FB 1/346/2014

Stv. S. Wischnewski bittet darum über die einzelnen Stellen getrennt abzustimmen.

Stelle Feuerwehr:

Stv. Schwarzenberg äußert sich dahingehend, dass die FDP-Fraktion der Einrichtung einer weiteren Feuerwehrstelle zwar zustimmen würde, diese Zustimmung jedoch mit Bedenken versehen sei.

Stv. Friedenstab entgegnet daraufhin, dass die SPD-Fraktion überhaupt keine Bedenken bezüglich der Einrichtung einer weiteren Feuerwehrstelle habe. Er meint, dass die Feuerwehr die notwendige Unterstützung bekommen solle und er sich vorstellen könne, dass insbesondere im Vertretungsfall die Situation mit 1 Vollzeitkraft nur schwer zu meistern sei.

Stv. Mönning sieht die Notwendigkeit für die Einrichtung einer weiteren Stelle bei der Feuerwehr gegeben. In seinen Augen ergibt sich die Notwendigkeit insbesondere durch die erweiterte Betreuung der Jugendfeuerwehr.

Auch Stv. Berau sieht die Notwendigkeit für die Einrichtung einer Stelle bei der Feuerwehr. Das eben diese Notwendigkeit bestehe, ergebe sich in seinen Augen allein schon aus den bereits kürzlich verabschiedeten Brandschutzbedarfsplan.

Stv. Möllmann betont dass in den Augen der CDU-Fraktion insbesondere die Nachwuchswerbung von großer Bedeutung sei. Aus diesem Grund stimme seine Fraktion der Einrichtung einer weiteren Stelle für die Feuerwehr zu.

Bürgermeister Borgmann lässt über die 1,0 Stelle für die Feuerwehr abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die mit einem Sperrvermerk vorgesehene 1,0 Stelle für die Feuerwehr freizugeben.

-einstimmig-

Stelle Tiefbau:

Stv. Friedenstab meint, dass der Stellenplan aus den HH-Beratungen des Jahres 2014 nicht ausreichend sei.

Aus diesem Grund sei bei dem Umfang der anstehenden Aufgaben in seinen Augen eine Befristung nicht sinnvoll. Hingegen sollte in Augen des Stv. Friedenstab eine unbefristete Stelle eingerichtet werden, da er befürchtet, dass am Ende der Befristung die Stelle sowieso entfristet werde.

Stv. Mönning fragt nach, wie lange diese Stelle befristet sein soll.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass diese Stelle für 2 Jahre befristet sein soll.

Herr Herrmann weist zudem darauf hin, dass für diese Stelle eine Befristung sinnvoll sei, um die in der Vergangenheit angehäuften Aufgaben abzarbeiten.

Stv. Möllmann begrüßt die Befristung im Rahmen der Einrichtung dieser Stelle. Aufgrund der derzeitigen positiven Haushaltslage teilt er mit, dass die CDU-Fraktion für die Einrichtung einer befristeten Tiefbaustelle zustimmen werde.

Für den Fall, dass eine erhöhte Belastung für den Tiefbaubereich in Zukunft auftreten würde stehe in den Augen der CDU-Fraktion einer Entfristung nichts im Wege, so Stv. Möllmann.

Stv. Berau merkt an, dass in seinen Augen das Tätigkeitsprofil dieser Stelle unscharf sei.

Zudem möchte dieser wissen, ob man bereits darüber nachgedacht habe die angehäuften Aufgaben durch externe erledigen zu lassen.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass derzeit viele Arbeiten über externe erledigt werden, diese jedoch ebenso von Seiten der Verwaltung kontrolliert und unterstützt werden müssen.

Stv. Spiekermann-Blankertz äußert sich dahingehend, dass die Frage ob befristet oder unbefristet keine entscheidende Fragestellung sein sollte, da diesen Personen zunächst die Probezeit zu überstehen haben.

Zudem glaubt Stv. Spiekermann-Blankertz, dass der neue Mitarbeiter im Tiefbaubereich das Geld was er letztlich kostet, sicherlich wieder hereinholen werde, da durch die neuen Kapazitäten keine Externen mehr beauftragt werden müssen.

Stv. Schwarzenberg spricht sich für die Einrichtung einer befristeten Tiefbaustelle aus.

Stv. Krüger spricht ebenso wie Stv. Berau von einem unscharfen Tätigkeitsprofil. Ihrer Meinung nach ist gerade der Umfang von solchen Stellen interessant. In diesem handele es sich jedoch um eine befristete Stelle, sodass sich die Frage nach dem genauen Umfang derzeit nicht stelle, diese sich jedoch aufwerfe, sobald die Stelle dauerhaft eingerichtet werden solle.

Stv. Wannigmann fragt bei der Verwaltung an, ob aufgrund der Befristung dieser Stelle möglicherweise bei den Bewerbungen die angeforderten Qualifikationen nicht durchgehend erfüllt werden können.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass diese Befürchtung berechtigt sei.

Stv. Mönning spricht sich für die Einrichtung einer solchen Stelle aus. Er ist der Meinung, dass es gerade aufgrund der liegengebliebenen Aufgaben die Einrichtung einer solchen befristeten Stelle sinnvoll sei.

Bürgermeister Borgmann lässt über die Einrichtung einer befristeten Stelle im Bereich Tiefbau abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die mit einem Vorbehaltsvermerk versehene befristete 1,0 Stelle für den Bereich Tiefbau freizugeben.

-einstimmig-

Stelle Zentrale Dienste:

Auf Nachfrage der Stv. Krüger erläutert Herr Kortendieck warum diese 0,5 Stelle für den Bereich zentrale Dienste dauerhaft eingerichtet werden soll.

Er führt an, dass bis 2010 die Aufgaben mit einer zusätzlichen 0,35 Stelle erledigt wurden. Zudem weist er darauf hin, dass im Mai 2011 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Gemeinde Havixbeck geschlossen wurde, welche einen Stellenbedarf von einer weiteren 0,15 Stelle nach sich gezogen habe.

Zwar konnte durch den effektiven Einsatz von EDV und einer sowieso sehr leistungsstarken Mitarbeiterin die Aufgabenfülle bisher erledigt werden, jedoch sei insbesondere in Zeiten der Abwesenheit dieser Mitarbeiterin eine qualitativ gleichwerte Vertretung nicht möglich.

Stv. Krüger fragt nach, ob sich bei der Anzahl der durchzuführenden Vergaben es sich etwas verändert habe.

Herr Kortendieck antwortet, dass die Anzahl der Vergaben gleichgeblieben sei. Laut Herrn Kortendieck habe sich jedoch der Aufwand für Beratungen im Rahmen der Ausschreibungen erhöht. Zudem betont Herr Kortendieck, dass das Vergaberecht zahlreichen regelmäßigen Änderungen unterstehe.

Stv. Krüger möchte wissen, ob die Verwaltung über den Vorschlag nachgedacht habe EU-weite Ausschreibungen durch den Kreis durchführen zu lassen.

Herr Kortendieck teilt dem Ausschuss mit, dass dies sicherlich eine denkbare Alternative sei, die Verwaltung jedoch mit der aktuellen Situation eine deutlich höhere Flexibilität habe und somit von einem Tag auf den anderen eine Ausschreibung durchführen könne.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die mit einem Vorbehaltsvermerk versehene unbefristete 0,5 Stelle für den Bereich Zentrale Dienste freizugeben.

-einstimmig-

Stelle Regionale:

Stv. Möllmann spricht sich für eine Befristung für den Zeitraum von 2 Jahren aus.

Stv. S. Wischnewski möchte wissen welche Aspekte in der Stellenbeschreibung enthalten seien.

Bürgermeister Borgmann erwidert, dass dieser Mitarbeiter vornehmlich für die Umsetzung der Pläne für die Regionale tätig werde. Zudem sollen im Rahmen der Umsetzung der Pläne für die Regionale Gespräche, Ausschreibungen, aber auch administrative Aufgaben von diesem Mitarbeiter durchgeführt werden.

Stv. Möllmann begrüßt die Einrichtung dieser Stelle, stellt jedoch auch infrage, ob die Stelle bereits zum 01.04.2014 besetzt werden solle oder aber man zunächst das Ergebnis des Preisgerichtes für die Regionale abwarte und daraufhin dann die Umsetzung für diese zusätzliche Stelle starten würde.

Bürgermeister Borgmann nimmt diesen Vorschlag auf und schlägt dem Ausschuss vor, die Entscheidung über die befristete Stelle Regionale in die Sitzung des Stadtrates am 15.05.2014 zu verschieben.

Stv. Mönning merkt an, dass man dieser Person eine Einarbeitungsphase geben solle, um daraufhin dann die Umsetzung des Projektes „WasserBurgenWelt /“StadtLandschaft“ im Rahmen der Regionale unter anderem durch die Arbeit dieses neuen Mitarbeiters zu starten.

Stv. Spiekermann-Blankertz sieht ebenso die Notwendigkeit einer Einarbeitungsphase.

Stv. Schwarzenberg stimmt der Aussage des Stv. Mönning zu. Gleichzeitig betont dieser, dass eine Abstimmung über diese Stelle dann in der Ratssitzung am 15.05.2014 erfolgen solle.

Bürgermeister Borgmann deutet die Aussage des Stv. Schwarzenberg als Geschäftsordnungsantrag mit dem Wunsch, über die Einrichtung einer befristeten Stelle Regionale in der Sitzung des Stadtrates am 15.05.2014 zu entscheiden.

Sämtliche Fraktionen unterstützen diesen Geschäftsordnungsantrag, sodass Bürgermeister Borgmann über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Entscheidung über die Einrichtung einer befristeten Stelle Regionale in die Sitzung des Stadtrates am 15.05.2014 zu vertragen.

-einstimmig-

Stelle Mitgliedschaft fahrradfreundliche Städte/Klimaschutzbeauftragte(r)

Stv. Schwarzenberg äußert seine Bedenken, ob durch die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle die Stadt Lüdinghausen noch fahrradfreundlicher werde.

Stv. Möllmann unterstützt grundsätzlich den Wunsch die Stadt Lüdinghausen fahrradfreundlicher zu machen.

Er sieht hier die Möglichkeit zunächst über eine Befristung nachzudenken. Daraufhin könne bspw. nach einem Jahr bilanziert werden, welche Erfolge die Einrichtung dieser Stelle nach 1 Jahr erreicht habe und ggf. dann eine Entfristung durchgeführt werden.

Stv. S. Wischnewski betont, dass die Fahrradinfrastruktur zunächst entwickelt werden müsse und darauf verwaltet werden müsse. Zudem äußert Sie Ihre Bedenken über das Spannungsfeld zwischen den angeforderten Qualifikationen dieses Mitarbeiters sowie einer Befristung dieser Stelle.

Stv. Mönning meint, dass sich beide 0,5 Stellen auf eine Projektförderung beziehen. Diesbezüglich ist dieser der Ansicht, dass Vorarbeiten nur durch eben eine solche Person zu leisten sind. Er fragt an, ob es förderschädlich sei, aus diesen 2 x 0,5 Stellen eine 1,0 Stelle zu machen.

Herr Herrmann antwortet, dass eine Zusammenlegung allein schon wegen den sich differierenden Qualifikationen der beiden Stellen nicht möglich sei.

Stv. Möllmann stimmt dem Beitrag des Stv. Mönning zu, dass diese beiden Stellen sehr projektbezogen seien. Er merkt an, dass diese beiden Projekte von dauerhafter Natur seien und daher die Stellen, sofern qualitativ gute Arbeit geleistet werde, zuletzt zu entfristen seien.

Stv. Berau äußert sich dahingehend, dass er anders als Stv. Möllmann nicht die Möglichkeit sehe, bereits nach einem Jahr die Arbeit dieser Personen zu bewerten, um daraufhin über eine Entfristung nachzudenken.

Stv. Mönning schlägt dem Ausschuss vor eine Befristung der Stellen von mindestens 2 Jahren in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Stv. Krüger weist daraufhin, dass bei diesen Stellen eine Befristung sinnvoll sei, um letztlich nachverfolgen zu können, wie sich diese Stellen mit der Zeit entwickeln.

Stv. Kortmann unterstützt die Argumentation für eine Befristung der Stellen. Er fragt bei der Verwaltung an, wann die Verwaltung zur Besetzung solcher Stellen wirklich qualifizierte Leute vom Arbeitsmarkt zu bekommen seien.

Herr Herrmann erklärt, dass auch die Verwaltung sich überlegt habe, ob diese Stellen zu befristen seien. Er teilt mit, dass im Ergebnis hier keine Befristung sinnvoll sei, damit die Verwaltung für solche Posten qualifizierte Mitarbeiter bekommen könne.

Bürgermeister Borgmann stellt fest, dass der Ausschuss zwei unterschiedliche Beschlussvorschläge innerhalb der Beratungen geäußert habe.

Daher lässt Bürgermeister Borgmann über die unterschiedlichen Beschlussvorschläge getrennt abstimmen.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die mit einem Vorbehaltsvermerk versehenen unbefristeten zwei 0,5 Stellen (Mitgliedschaft fahrradfreundliche Städte/Klimaschutzbeauftragte(r)) freizugeben.

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	2

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die beiden mit einem Vorbehaltsvermerk versehenen befristeten (für 2 Jahre) 0,5 Stellen (Mitgliedschaft fahrradfreundliche Städte/Klimaschutzbeauftragte(r)) freizugeben.

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	2

TOP 6) Berichte

Keine

TOP 7) Anfragen

Stv. Berau gibt zu Bedenken, dass im Rahmen der Generalversammlung der Feuerwehr das Thema der psychischen Belastung angesprochen wurde.

Diesbezüglich möchte dieser wissen, ob es von Seiten der Stadt eine Beratungsdienstleistung für die Feuerwehrleute gebe.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass es durch Externe bei Bedarf psychologische Hilfe gebe.

Stv. Friedenstab fragt an, wie die Möglichkeit bestehe der Feuerwehr die vorhandene Wertschätzung von Seiten der Politik entgegen zu bringen.

Bürgermeister Borgmann sagt den Ausschussmitgliedern zu, ein Gespräch mit dem Wehrführer zu führen.

Bürgermeister Borgmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:10 Uhr.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Benedikt Vester
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 26. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 27.03.2014

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Ernst, Wolfram	Vertretung für Herrn Knut Schmidt
Holz, Anton	bis TOP 8
Höring, Volker	Vertretung für Herrn Norbert Breitbach
Krüger, Doris	bis TOP 8
Möllmann, Bernhard	
Schulze Uphoff, Theo	
Schweer, Wolfgang	bis TOP 8
Suttrup, Thomas	Vertretung für Herrn Josef Weiland
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	

SPD-Fraktion

Friedenstab, Artur	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	befangen bei TOP 8; bis TOP 8

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kortmann, Jöran	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Markus Kehl
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Schwarzenberg, Heribert	
-------------------------	--

Zanirato, Enrico	bis TOP 8
------------------	-----------

von der Verwaltung

Herrmann, Björn Claas	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Tuschmann, Werner	
Vester, Benedikt	

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Schmidt, Knut	
Weiland, Josef	

UWG-Fraktion

Kehl, Markus	
--------------	--